Gemeinde Remchingen

Pressemitteilung

22. November 2024

Aus der Arbeit des Gemeinderats

(Remchingen, zac). Einstimmig beschloss der Remchinger Gemeinderat nach vorheriger Sitzung des Betriebsausschusses den Jahresabschluss des Remchinger Altenpflegeheims, das 2023 als Eigenbetrieb der Gemeinde einen Überschuss von fast 200.000 Euro erwirtschaftete. „Das heißt nicht, dass wir alles günstiger machen können – sondern wir können damit nach und nach die Miesen ausgleichen, die durch die Übernahme der Einrichtung vom früheren Trägerverein entstanden sind." Mit einer schwarzen Null schloss der Remchinger Forst im Jahr 2023 ab, wie Revierförsterin Sarah Zwerenz verdeutlichte. Einnahmen von unter anderem dem Holzverkauf (240.000 Euro) und einer mehrjährigen Förderung des Bundes (55.000 Euro) stehen Pflege-, Pflanz- und immer mehr Verkehrssicherungsaufwendungen gegenüber. Außerdem investierte die Gemeinde in einen neuen Transporter mit Anhänger sowie den Waldlehrpfad in Singen, den der stellvertretende Forstamtsleiter des Enzkreises Michael Gerster ebenso wie die Waldpädagogik in Remchingen lobte. Im aktuellen und folgenden Jahr rechnet die Gemeinde mit leichten Überschüssen. Dass die dritte Forstwirtstelle noch nicht wieder besetzt werden konnte, erfordere einen höheren Anteil an Unternehmerleistungen – auch weil die Rettungskette sonst nicht immer eingehalten werden könne.

Moderate Preisanpassung für Remchinger Freibad

Trotz des durchwachsenen Wetters im vergangenen Sommer blickte Remchingens Kämmerer Frank Burghardt auf eine erfolgreiche Freibadsaison mit deutlich über 100.000 Eintritten und einem „Rekordergebnis" von 3.701 verkauften Saisonkarten zurück. Unfälle hätten sich im Rahmen gehalten, dagegen gab es elf Hausverbote wegen Cannabis-Rauchens, sehr starkem Alkoholkonsum und dem Nichttragen der gebotenen Badebekleidung – drei davon polizeilich durchgesetzt. 2024 habe die Gemeinde einen deutlich höheren Anteil von Besuchern außerhalb Remchingens festgestellt – insbesondere von Jugendlichen über den nahegelegenen Bahnhof. An die Belastungsgrenzen sei das Personal an einzelnen heißen Tagen gekommen und insbesondere bei Nichteinhalten des Duschens vor dem Baden.

Trotz Einnahmen aus Eintrittsgeldern in Höhe von rund 319.000 Euro liege das Defizit des Freibads im Jahr 2024 voraussichtlich wie etwa in den Vorjahren bei 600.000 Euro – erst Tage mit mehr als 600 Besuchern würden die Tageskosten decken. Daher beschloss der Gemeinderat einstimmig eine moderate Anpassung der Eintrittspreise, die trotzdem weniger als 40 Prozent der Einnahmen refinanzieren. Eine Saisonkarte für Kinder ab sechs Jahren kostet 55 Euro (bisher 52 Euro), für Erwachsene 105 Euro (bisher 97 Euro). Für Familien und im Vorverkauf gibt es Ermäßigungen. Tagestickets für Erwachsene kosten künftig fünf Euro (bisher 4,50 Euro). Die Tagestickets für Kinder und Jugendliche (2,50 Euro) sollten nicht teurer werden, Kinder unter sechs Jahren bleiben frei. Eine Parkkarte für Saisonkarteninhaber kostet künftig 15 Euro (bisher zehn Euro).

Volker Bräuninger (SPD) plädierte für Sonderpreise für Jahreskartenbesitzer aus Remchingen, dem schloss sich Felix Casper (CDU) mit dem Vorschlag an, die Tickets für Auswärtige 20 Prozent teurer und für Remchinger 20 Prozent günstiger zu machen, während Martin Rothweiler (Freie Wählervereinigung) für eine „Remchingen-Karte“ auch für andere Einrichtungen plädierte – mit Zustimmung von Klaus Fingerhut (Grüne). Eine Entscheidung dazu gab es aber noch nicht.

Remchingen will in Sachen Digitalisierung weiter aufrüsten

Nachholbedarf sieht der Remchinger Digitalisierungsbeauftragte Marvin Keller beim Schutz von Computersystemen, Netzwerken und Programmen vor digitalen Angriffen. „Bei der Cybersicherheit hatten und haben wir viele Rückstände“, verdeutlichte Keller bei der Ratssitzung am vergangenen Donnerstag eine Situation, die landauf, landab sehr viele Kommunen beschäftige. Eigentlich hatte er die in Remchingen neu geschaffene Stelle im April angetreten, um die Digitalisierung voranzubringen – unterstütze momentan vor allem aber den Bereich der IT, der mit einer anderen halben Stelle besetzt ist und darüber hinaus von einigen externen Dienstleistern betreut wird. Mit neun physischen und 58 virtuellen Servern sowie 185 Benutzern, die sich an insgesamt 23 Außenstellen wie etwa dem Bauhof oder kommunalen Kindergärten fast täglich anmelden, habe Remchingen eine Größe erreicht, die in Sachen IT einen hohen Pflege- und Sicherheitsaufwand verlange.

„Wir sollten digital aufstocken – sonst haben wir ein großes Problem“, bemerkte Alexander Schwenk (Freie Wählervereinigung). Auch wenn es die Kosten im Blick zu halten gelte, sei eine Aufstockung der Stellen zu begrüßen, unterstrich Bürgermeisterin Julia Wieland mit Blick auf die baldigen Haushaltsberatungen. In Sachen IT habe sich Keller neben der Sicherheit in seinen ersten Monaten unter anderem schon intensiv mit der Inventarisierung aller

Geräte sowie einer Vereinheitlichung an den Schulen beschäftigt. Für das Gymnasium beschloss der Rat einstimmig die Vergabe der IT-Betreuung für ein Jahr zum Preis von rund 39.000 Euro an einen externen Dienstleister.

In Sachen Digitalisierung konnte Keller bereits ein Programm einführen, mit dem das Ordnungsamt Fahrzeughalter selbst feststellen kann anstatt bei der Polizei nachzufragen. Auch die Digitalisierung von bereits über 2.500 Schriftstücken wie alten Karten und Plänen sowie die Vorbereitung eines neuen Dokumentenmanagementsystems (DMS) konnte er voranbringen. Zwar gebe es ein solches DMS bereits, allerdings seit der Beschaffung 1999 ohne weitere Aktualisierungen oder Schulungen und mit entsprechend geringer Nutzung. Neue Anreize für die digitale und damit papierlose Verwaltung, Organisation, Speicherung und Archivierung von Daten soll ein neues System setzen, dessen Beschaffung zum Gesamtpreis von rund 95.000 Euro sowie monatlichen Softwarepflegekosten von knapp 1.800 Euro der Gemeinderat einstimmig zustimmte. Auf Schwenks Frage, warum das neue System besser genutzt werden solle als das alte, antwortete Wieland: „Weil Menschen vorne dran sitzen, die richtig Bock darauf haben." Bei der Digitalisierung gelte auch für die Kommunen: „Spiel mit oder verlass den Spielplatz." Wie die Mobilitätswende sei Digitalisierung ein riesiges Thema, dem man sich stellen müsse, verdeutlichte Kurt Ebel (CDU) – „Klar ist aber auch: Billiger wird's nicht."

Maria Scrofan (CDU) bat, auch die kirchlichen Kindergärten und nicht-kommunalen sozialen Einrichtungen an den Fortschritten teilhaben zu lassen. Während Bebauungspläne demnächst online einsehbar sein sollen, könne sich die Gemeinde mit der Umstellung auf die elektronische E-Akte immer mehr dem digitalen Bürgerservice öffnen. Allerdings könne man in Remchingen das Rad schon aus Kostengründen nicht neu erfinden, sondern sei auf kommunale Zusammenarbeit und vor allem landesweite Fortschritte bei entsprechenden Programmierungen angewiesen, so Keller. Zahlreiche Prozesse erforderten rechtlich noch immer eine persönliche Unterschrift vor Ort: „Da bringt es wenig, wenn ich als Bürger alles digital beantragen kann und am Ende doch aufs Rathaus muss." In Sachen Künstlicher Intelligenz, etwa zum Generieren von Nachrichten oder Zusammenfassen von Texten, gebe es einen rasanten Fortschritt – aber es fehle an Richtlinien vom Land: „Zurzeit ist eine Nutzung von KI für Kommunen kaum möglich."

Remchingen beteiligt sich mit vier Millionen Euro bei Netze BW

Mit einer Summe von weiteren rund 4,2 Millionen Euro will sich Remchingen an der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft Netze BW auf fünf Jahre beteiligen. Aktuell ist die Gemeinde

dort mit einer Summe von 200.000 Euro beteiligt. Die Finanzierung soll, sofern möglich, aus freien liquiden Mitteln erfolgen – falls erforderlich aus Darlehen, wenn dies wirtschaftlich rentabel ist. Dies beschloss der Gemeinderat mit zwei Gegenstimmen nach einer kurzen Diskussion, bei der vor allem Klaus Fingerhut (Grüne) und Thomas Merz (Bürgerliste) Bedenken äußersten.

„Die Rendite sind unterm Strich positiv, aber gehen wir als nachrangigster Gläubiger der EnBW damit kein finanzielles Risiko ein?“, fragte Fingerhut und erfuhr von Kämmerer Frank Burghardt, dass er den Prozess ausführlich mit der Rechtsaufsicht erörtert habe. Selbst wenn Remchingen diese Beteiligungsform vollumfänglich über einen Kredit finanziere, sei die Gemeinde nicht in der maximalen Summe ihrer Kreditaufnahme (etwa acht Millionen Euro) beschränkt: „Da steckt auch ein politischer Wille dahinter, einen Beitrag zum Netzausbau zu geben.“ Der Kämmerer stellte eine Rendite von jährlich rund 190.000 Euro, bei Kreditfinanzierung 72.000 Euro in Aussicht sowie ein „geringes Restrisiko“. „Leichter verdientes Geld bekommen wir nicht“, erklärte Martin Gegenheimer (CDU). Auf Nachfrage von Martin Rothweiler (Freie Wählervereinigung), ob die Beteiligung nicht gleich ohne Fremdfinanzierung möglich sei, erklärte Bürgermeisterin Julia Wieland, dass die Gemeinde zwar aktuell 17 Millionen Euro liquide Mittel habe, dem jedoch vor allem durch die Großprojekte Hallenbadsanierung sowie Kinder- und Jugendcampus Verpflichtungen in ähnlicher Höhe gegenüberstünden: „Wir finanzieren so viel wie möglichst selbst und nehmen so wenige Kredite wie möglich auf.“

Mit Streife oder Kameras für mehr Sicherheit sorgen

Mehrheitlich stimmte der Gemeinderat einem Antrag der Freien Wählervereinigung zu, Angebote für die Einführung einer Citystreife an Wochenenden und in der Ferienzeit einzuholen. Die FWV hatte dies mit „sehr vielen Sachbeschädigungen und Verunreinigungen“ der gemeindlichen Einrichtungen in den vergangenen Monaten begründet – gerade im Bahnhofsbereich, an den beiden Singener Spielplätzen, wo es vermutlich zu Brandstiftung kam, oder am Kunstrasenplatz beim Gymnasium. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung sei stark gesunken, die Präsenz einer Streife, die es vor einigen Jahren schon einmal in Remchingen gab, wirke abschreckend und könne helfen, weitere Taten zu verhindern oder aufzuklären. Raphael Blattner stellte einen weiteren Antrag der CDU-Fraktion in Aussicht, der eine Befragung der Bürger beabsichtige, um Hotspots auszumachen, die es laut polizeilicher Kriminalstatistik in Remchingen nicht gibt. Anstatt einer eigenen Arbeitsgruppe „Sicherheit“, wie von der FWV beantragt, schlug er die Beschäftigung im Verwaltungsausschuss vor, was jedoch knapp keine Mehrheit fand. Bürgermeisterin Julia Wieland informierte, dass sie die

Möglichkeit einer Videoüberwachung des Bolzplatzes oder des Spielplatzes beim Bahnhof habe prüfen lassen, was hier wahrscheinlich rechtlich zulässig sei und mit 25.000 Euro an einem Standort schätzungsweise so viel wie ein Jahr regelmäßiger Einsatz der Citystreife koste. Der Rat müsse sich dann jedoch für eine der Maßnahmen entscheiden – Alexander Schwenk (FWV) plädierte für beide.

Rückwärtige Bebauung am Rannbach ermöglicht

Einstimmig beschloss der Rat die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans, um eine Bebauung am Nöttinger Rannbach im rückwärtigen Bereich zu ermöglichen und eine Scheune in Wohnraum umnutzen zu können. Die Kosten für das Verfahren hat der Eigentümer selbst zu tragen. Eine Befragung umliegender Eigentümer ergab kein Interesse einer größeren Planausweitung.

Der Singener Josef Lofent erfuhr auf Nachfrage, dass die Wiederherstellung des derzeit gesperrten Fuß -und Radwegs parallel zur Reiherstraße entlang des Pfinzufers noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Wie berichtet sind dort Teile der Böschung abgebrochen. „Mit ‚einfach mal richten' geht es nicht – wir müssen auf jeden Fall ins Bachbett eingreifen und das Umweltamt ins Boot holen", blickte Bauamtsleiter Markus Becker auf die laufenden Planungen und stellte bis zu den kommenden Haushaltsplanungen konkretere Anhaltspunkte in Aussicht.

Casper sieht nach Verkehrsunfall dringenden Handlungsbedarf

Dringenden Handlungsbedarf sah Felix Casper (CDU) in Sachen Verkehrssicherheit an der Ortsteilverbindungsstraße um Nöttingen herum, nachdem sich am Vortag ein schwerer Verkehrsunfall unterhalb von Darmsbach ereignet hatte. Ein zwölfjähriger Junge wurde von einem Fahrzeug erfasst und schwer verletzt, nachdem er laut Polizeimeldung aus noch ungeklärter Ursache vom Fahrbahnteiler aus unmittelbar vor dem Fahrzeug die Straße betreten hatte. Bereits im März habe die CDU-Fraktion einen Antrag für Tempo 70 auf der Straße gestellt – was an der Unfallstelle aber ohnehin schon gilt.

Casper forderte die Gemeindeverwaltung auf, schnellstmöglich zu handeln, auf der Gesamtstecke, auf der theoretisch Tempo 100 gilt, Tempo 70 voranzubringen und die Unfallstelle mit einer weiteren Reduktion oder gesonderten Maßnahmen in den Blick zu nehmen: „Manchmal muss man gewisse Zeichen erkennen. Dass jetzt erst etwas passiert ist, ist eigentlich ein Wunder." Die Situation sei bereits Thema der Verkehrsschau Mitte Dezember, bekräftigte Bürgermeisterin Julia Wieland.

Kaum Interesse an Jugendgremium

Das Thema Jugendgemeinderat sei in Remchingen erst einmal vom Tisch, nachdem zu keinem von zwei Vorbereitungstreffen mindestens fünf Jugendliche erschienen seien, informierte Bürgermeisterin Julia Wieland – stattdessen solle es auf Wunsch der Jugendlichen ein Jugendforum im Herbst geben.

Julian Zachmann